

# Rückenwind für Staatsanwaltschaft

GPK nimmt Strafverfolgungsbehörde in Schutz und kritisiert die Gerichte

Von Jonas Hoskyn

**Liestal.** Mit Spannung wurde der gestern veröffentlichte Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrats zur Umsetzung der neuen Strafprozessordnung erwartet. Im Fokus standen die Baselbieter Staatsanwaltschaft und die Erste Staatsanwältin Angela Weirich, die vor allem wegen ihrer Praxis im Umgang mit Kriminaltouristen in den letzten Monaten von verschiedener Seite hart kritisiert wurde. Die GPK nimmt nun die Behörde aber weitestgehend aus der Schusslinie. Stattdessen knüpft sich die Kommission einen der profiliertesten Mahner der Behörde vor: Der Strafgerichtspräsident Enrico Rosa (Grüne) hatte die Staatsanwaltschaft in den letzten Monaten mehrfach kritisiert. Einerseits als Mitglied der Fachkommission, die im Auftrag der Regierung die Staatsanwaltschaft beaufsichtigt. Daneben hatte Rosa den Vorsitz im «Fall J.», der ebenfalls für Schlagzeilen gesorgt hatte. Die Verhandlung vor dem Strafgericht wurde für die Staatsanwaltschaft zu einem Lehrstück in Sachen konsequenter Beweisführung und Anklage. Statt zehn Monate wie beantragt verurteilte das Strafgericht den notorischen Einbrecher zu zwei Jahren Gefängnis. Der Entscheid wurde vom Kantonsgericht vollumfänglich bestätigt.

## Hohe Hürden der Gerichte

Die GPK kommt zu anderen Schlüssen: Immer wieder taucht Rosa, wenn auch nicht namentlich, in dem Bericht auf. So thematisiert die Kommission mehrfach dessen Periode als Präsident des Zwangsmassnahmengerichts (ZMG). Die Staatsanwaltschaft stand hier in der Kritik, weil sie weniger konsequent U-Haft beantragt, als dies etwa in Basel-Stadt der Fall ist. Die GPK ortet das Problem anderswo: Im Vergleich mit anderen Kantonen stellt das Baselbieter Zwangsmassnahmengericht wesentlich höhere inhaltliche und formelle Anforderungen zur Verhängung der Untersuchungshaft. Dies führt dazu, dass gefasste Verdächtige wieder freigelassen werden müssen.



**Zwischen den Fronten.** GPK-Präsident Hanspeter Weibel (Mitte) untersuchte mit seiner Kommission die Geschehnisse um die Erste Staatsanwältin Angela Weirich (l.) und Strafgerichtspräsident Enrico Rosa (r.). Foto Elena Monti, Henry Muchenberger, Dominik Plüss



Doch damit nicht genug: Auch die Fachkommission, in der die beiden Strafgerichtspräsidenten Enrico Rosa und Adrian Jent sitzen und welche die Staatsanwaltschaft in ihrem ersten Bericht hart kritisiert hat, soll umgebaut werden. Es sei problematisch, dass Richter als Empfänger von Dienstleistungen der Staatsanwaltschaft diese mit beaufsichtigten, kommentiert GPK-Präsident Hanspeter Weibel (SVP) eine entsprechende Empfehlung an den Regierungsrat: «Volkstümlich ausgedrückt werden Mitspieler auf dem Feld zu Assistenzschiedsrichtern.» Den Empfehlungen kann man entnehmen, dass die Fachkommission teilweise ihre Kompetenzen überschritten hat.

Und auch der «Fall J.» kommt indirekt zur Sprache. «Wir beurteilen

diesen Fall als Einzelfall, und solche kommentieren wir grundsätzlich nicht», sagt GPK-Präsident Weibel. Aber der Bericht kritisiert die «öffentlich geäusserte Kritik aus dem Umfeld der Strafgerichtspräsidien» – auch dies ein klares Signal an Rosa.

In Sachen Staatsanwaltschaft zieht die GPK dagegen ein positives Fazit: «Auch wenn immer noch viele offene Problemfelder bestehen, darf festgestellt werden, dass es der Staatsanwaltschaft trotz widrigen Umständen gelungen ist, die Umstellung sachgerecht vorzunehmen.» Die schwierige Ausgangslage der neuen Behörde sei unter anderem auf fehlende Projektorganisation zurückzuführen, erklärt Weibel. Eine Kritik, welche die GPK vor einem Jahr bereits in ihrem Bericht zur

VGD angebracht hat (siehe unten). Die Reorganisation wurde noch von der damaligen Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro aufgegleist. Kritisiert wird einzig, dass die Staatsanwaltschaft ihre Kompetenzen ungenügend ausschöpfe: So könnten etwa die Autos von Kriminaltouristen beschlagnahmt und gegebenenfalls verwertet werden, damit Bussen und Verfahrenskosten gedeckt sind. Ausserdem empfiehlt die GPK der Staatsanwaltschaft eine Überprüfung der internen Abläufe, um schneller zu Ergebnissen zu kommen.

Daneben macht die GPK noch einen weiteren überraschenden Vorschlag: Es soll geprüft werden, ob die Kriminalpolizei analog zu Basel-Stadt künftig bei der Staatsanwaltschaft angesiedelt werden kann.

## Distanz falsch eingeschätzt

Notbremsung hätte Tramkollision verhindert

**Oberwil.** Die Ursache der Auffahrkollision zweier Tramzüge in Oberwil vom Mittwoch ist geklärt. Wie die Baselland Transport AG (BLT) gestern mitteilte, kam es zum Zusammenstoss, weil die Wagenführerin die Distanzverhältnisse falsch einschätzte und statt einer Notbremsung einen normalen Bremsvorgang einleitete. Mit einer Notbremsung hätte die Kollision mit dem stehenden Tramzug verhindert werden können, schreibt die BLT. Die Sicherheitseinstellungen an Fahrzeug und Infrastruktur hätten einwandfrei funktioniert und die vorgeschriebene Geschwindigkeit sei eingehalten worden, heisst es in der Mitteilung weiter.

Die 41-jährige Wagenführerin brach sich beim Unfall eine Zehe. Nach ihrer Genesung werde sie eine Nachinstruktion absolvieren müssen und die Prüfung wiederholen, ehe sie ihren Dienst wieder antreten könne, erklärt Fredi Schödler, Leiter Betrieb und Technik bei der BLT. Dabei erhalte die langjährige und absolut zuverlässige Mitarbeiterin die volle Unterstützung des Unternehmens.

Beim Unfall war nebst der Wagenführerin eine weitere Person verletzt worden. Den Sachschaden an den beiden Tramzügen schätzt die BLT auf rund 200 000 Franken. ch

## Schöne Politiker braucht das Land

Neue Rangliste für Bundesbern

Von Daniel Ballmer

**Liestal/Bern.** Endlich ist es amtlich. Endlich hat es eine Oltnar Schönheitsklinik wissenschaftlich ausgewertet. Sie hat die Gesichter aller 246 National- und Ständerde nach bestimmten Attraktivitätsmerkmalen unter die Lupe genommen. Punkte bekam, wer unter anderem besonders volles Haar, dunkle Wimpern oder einen ebenmässigen Teint hat. Bei Frauen gelten ein relativ grosser Kopf, grosse Augen, ein kurzes Kinn und runde Wangen als attraktiv, bei Männern tiefe Brauen und starker Bartwuchs.

Gut vertreten sind dabei die Baselbieter Politiker. So schaffte es der Rünenberger SVP-Nationalrat Thomas de Courten auf Anhieb auf den zweiten Platz. Keine Überraschung. Immerhin warb er im Wahlkampf sogar selber mit seinem «Kennedy-Effekt» für sich. Immerhin auf den neunten Rang brachte es de Courten Fraktionskollege Caspar



**Nicht nur innere Werte.** Thomas de Courten (l.) und Caspar Baader.

Baader aus Gelterkinden. Mit seinem Silberhaar gleicht er natürlich zum Wechseln ähnlich dem US-Schauspieler Richard Gere.

Gutes Aussehen spiele in der Politik einer immer wichtigeren Rolle, begründet Schönheitschirurg Sacha Dunst in «20 Minuten» seine Rangliste: «Schöne Menschen hält man für intelligent, sympathisch und vertrauenswürdig. In der Politik sammelt man so Pluspunkte.» Selbst einzelne Parlamentarier pflichten bei, dass es vieles erleichtere, wenn man gut aussehe. Und dass ein gutes Foto im Wahlkampf natürlich helfe. Gleichzeitig aber betonen die Damen und Herren Politiker natürlich politisch korrekt, dass als Parlamentarier andere Qualitäten wichtig seien – und Schönheit ohnehin relativ sei.

Bei den Frauen schaffte es unverständlicherweise keine Parlamentarierin aus den beiden Basel unter die ersten zehn. Die beiden schönsten Parlamentarier sollen übrigens die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer und der Waadtländer FDP-Nationalrat Fathi Derder sein. Als Lokalpatrioten zweifeln wir dieses Ergebnis natürlich stark an.

## Kanton will die Hälfte an freiwillige Offenlegung von Bächen zahlen

Gegenvorschlag zur Initiative «Bäche ans Licht»

Von Peter de Marchi

**Liestal.** Bäche, raus aus den engen, unterirdischen Röhren, raus und wieder an die frische Luft! Dies ist die Stossrichtung der Initiative «Bäche ans Licht» – eingereicht im Oktober 2011 von Pro Natura Baselland. Jetzt hat die Regierung einen Gegenvorschlag ausgearbeitet und beantragt dem Landrat, die Initiative abzulehnen. Ob die Initiative zurückgezogen werde oder nicht, sei noch nicht beschlossen, sagt Urs Leugger, Mitglied des Initiativkomitees und Landrat der Grünen. «Das Komitee wird sich vor der ersten Lesung im Parlament eine Strategie überlegen.»

Die Regierung wollte ursprünglich die Initiative direkt vors Volks bringen mit der Empfehlung, sie abzulehnen. Die geltenden Gesetze erlaubten es heute schon, Ausdolungsprojekte zu unterstützen. Der Landrat aber entschied anders und beauftragte die Regierung damit, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Mit einer Revision des kantonalen Wasserbaugesetzes ist die Regierung jetzt diesem Auftrag nachgekommen.

### Auflagen des Kantons

Der Begriff «Revitalisierung» wird im Gesetz neu um das Ausdolen ergänzt. Damit werden im Wasserbaugesetz im Sinne der Initiative «Bäche ans Licht» auch Ausdolungen unter die Revitalisierungen gestellt. Der Kern des Gegenvorschlags zur Initiative ist eine neue Bestimmung in Paragraph 18 des Wasserbaugesetzes. Der Kanton will die Hälfte der Kosten von Ausdolungen Dritter übernehmen. Der Kanton macht die Zahlungen allerdings von verschiedenen Voraussetzungen abhängig. Zunächst muss das Ausdolungsprojekt

vom Kanton genehmigt sein. Ausdolungsprojekte unterliegen bereits nach dem aktuellen Wasserbaugesetz der Genehmigung durch den Kanton. Der Kantonsbeitrag wird nur dann bezahlt, wenn die Ausdolung fachgerecht ausgeführt wurde. Damit soll sichergestellt werden, dass beispielsweise dem Hochwasserschutz Rechnung getragen wird, damit in dieser Hinsicht nach einer Gewässerfreilegung keine Probleme entstehen.

### Nur bei freiwilliger Ausdolung

Der Kanton will sich finanziell allerdings nur dann an Ausdolungen beteiligen, wenn sie freiwillig erfolgen. Laut dem Bundesgesetz über den Gewässerschutz dürfen Fließgewässer nicht eingedolt werden. Der Ersatz bestehender Dolen sei nur dann zulässig, wenn eine offene Wasserführung nicht möglich ist oder für die landwirtschaftliche Nutzung erhebliche Nachteile mit sich bringt, schreibt die Regierung in ihrer Vorlage. In allen anderen Fällen müsse ausgedolt werden, wenn eine Dole zu ersetzen wäre. «Soweit eine gesetzliche Pflicht zur Ausdolung besteht, wäre es verfehlt, daran Kantonsbeiträge zu leisten», heisst es in der Vorlage.

Die Vorlage geht den Initianten wahrscheinlich nicht weit genug. Urs Leugger jedenfalls sagt, es brauche vonseiten des Kantons noch mehr finanzielle Anreize, damit Private wieder vermehrt Wasserläufe freilegen. Sollte das Gesetz im Landrat allerdings die Vierfünftelhürde schaffen – damit würde sich eine Volksabstimmung erübrigen –, müsse man sich den Rückzug der Initiative sorgfältig überlegen. «Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.»

## Besserung bei Baselbieter Regierung erkannt

Auf Kritik an Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion folgt nun Lob der Geschäftsprüfungskommission

Von Daniel Ballmer

**Liestal.** Es war ein wahres Donnerwetter, das der mittlerweile verstorbene Regierungsrat Peter Zwick (CVP) letzten Herbst im Landrat hatte über sich ergehen lassen müssen. Basierend auf einem Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK), war es damals zu einer fast dreistündigen politischen Abrechnung gekommen. Vor allem eines hatten die Kritiker beim Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) vermisst: Einsicht. Solche zeigte dann die Regierung bei ihrer Stellungnahme Anfang Jahr. Die Probleme seien erkannt und die entsprechenden Korrekturen vorgenommen worden.

Die Bemühungen der Regierung werden von der GPK befriedigt zur Kenntnis genommen: «Wir haben das Gefühl, dass man sich die Kritik zu Herzen genommen und daraus gelernt hat», sagt FDP-Landrätin Monica Gschwind. Es seien Massnahmen eingeleitet worden, um die festgestellten Mängel zu beheben, schreibt die Präsidentin der GPK-Subkommission in ihrem soeben veröffentlichten Kommissionsbericht.

### Vertrauen wiederherstellen

Bemängelt wurde etwa das Projektmanagement. Hier soll eine neue Führungsmethode sicherstellen, dass vor Beginn eines Projekts dessen wesentliche Eckpunkte in einem schriftlichen Projektauftrag definiert werden. Die Einsicht der VGD spiegelt sich nicht nur in der Reorganisation wider, sondern auch bei der Kommunikation. Dieser sei bisher zu wenig Beachtung geschenkt

worden. Auch bezüglich der Zusammenarbeit der landrätlichen Kommissionen wurde ein besserer Informationsfluss in Aussicht gestellt. Durch eine verbesserte Kommunikation und dadurch mehr Transparenz erhofft sich die VGD, das Vertrauen wiederherzustellen.

In ihrem Bericht anerkennt die GPK, dass mittlerweile verschiedene Schritte in die Wege geleitet worden seien, um künftig die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen zu verbessern. Die Kommission würdigt denn auch die Stellungnahme der Gesamtregierung als «ernsthafte Auseinandersetzung» mit den von der GPK abgegebenen Empfehlungen. «Wir sind deswegen aber längst nicht rundum zufrieden», stellt GPK-Mitglied Gschwind klar. «Zwar ist mittlerweile vieles eingeleitet worden. Diese Massnahmen müssen nun aber auch noch tatsächlich im Alltag gelebt werden.»

### Entwicklung weiterhin verfolgen

Aus Sicht der GPK aber hätte es keinen Sinn gemacht, im Bericht nun alle Punkte nochmals einzeln aufzulisten. Die VGD erhalte jetzt mit SVP-Regierungsrat Thomas Weber einen neuen Vorsteher. Diesem solle nun erst einmal eine Chance gegeben werden. Die GPK kündigt in ihrem Bericht denn auch an, die Entwicklung in den Direktionen und insbesondere innerhalb der VGD weiterhin aufmerksam verfolgen zu wollen. Sie werde sich gerne über den Stand der Umsetzung der getroffenen Massnahmen im Jahresbericht 2013 informieren lassen. «Nun aber wollen wir vor allem endlich vorwärts schauen», sagt Gschwind.